

LEITARTIKEL

Klare Kante unter Freunden

Scholz muss unabhängig von Deutschlands Schuld Missstände in Israel ansprechen

Deutschland wird auf ewig Verantwortung dafür tragen, dass die Erinnerung an die Ermordung von sechs Millionen Juden im Nationalsozialismus und die Lehren aus der Shoah aufrechterhalten und das Existenzrecht Israels verteidigt werden. Es ist das, was als deutsche Staatsräson ins kollektive deutsche Bewusstsein eingegangen ist. Nichts davon ist verhandelbar. Es wirkt auch bald 78 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg immer noch wie ein Wunder, dass Juden Deutschland sich jemals wieder die Hand gereicht haben.

Aber wer diese unvergleichliche Freundschaft im Jahr 2023 ernst nimmt, muss das tun, was echte Freunde auf Augenhöhe ausmacht: Offen aussprechen, was beim anderen gerade gehörig schief läuft. Unabhängig von der Geschichte, im deutschen Fall unabhängig von der historischen eigenen Schuld.

Die geplante Justizreform bricht mit demokratischen Grundsätzen

In Israel ist unter der rechtsreligiösen Regierung von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu nichts Geringeres als die Demokratie in Gefahr. Bundeskanzler Olaf Scholz muss das in seinem Gespräch mit ihm offen und öffentlich ansprechen. Er muss sich in Bezug auf den Konflikt in Nahost aber besser wappnen, als er es beim Besuch von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas im August getan hatte. Damals hat er nicht gleich ge-

schaltet, als Abbas während der gemeinsamen Pressekonferenz im Kanzleramt Israel einen vielfachen Holocaust an den Palästinensern vorwarf. Scholz hatte Mühe, im Nachhinein

Abbas' Relativierung des millionenfachen deutschen Mordes an den Juden als unentschuldigbar zu kritisieren.

Israels Vertrauen in Deutschland hat das nicht erschüttert, aber es gab Irritationen. Jetzt muss Scholz den protestierenden Bürgerinnen und Bürgern in dem Land das Signal senden, dass er an ihrer Seite steht und die Umtriebe der Regierung von Netanyahu kritisiert. Deren geplante Justizreform bricht mit demokratischen Grundsätzen. Nicht sein Korruptionsverfahren könnte Netanyahu demnach das Amt kosten, sondern lediglich noch gesundheitliche Gründe. Und Entscheidungen des Obersten Gerichts könnten mit einfacher Mehrheit des Parlaments aufgehoben werden. Das ist nicht demokratisch. Das ist autokratisch. Und durch den Ausbau des jüdischen Siedlungsbaus wird noch etwas zerstört, worauf Deutschland lange gesetzt hat: Eine Zwei-Staaten-Lösung mit den Palästinensern.

Zur deutschen Staatsräson gehört, für das Existenzrecht Israels einzutreten. Allein die Bedrohung durch den Iran gilt es auch von Berlin mit aller Kraft zu begrenzen. Aber Israel muss dafür sorgen, dass die Grundlage gemeinsamer demokratischer Werte erhalten bleibt. Ein Ministerpräsident, der selbstherrlich trotz staatlich geprüfter Verfehlungen im Amt bleiben kann – und sich dafür erpressbar von der eigenen Koalition macht – gehört nicht dazu. Das darf man – das muss man – unter Freunden sagen können.

KOMMENTAR

Gift für die Akzeptanz

Streit über Flüchtlingskosten endlich lösen

Die Zahl der Flüchtlinge in NRW nimmt weiter zu. Zuflucht suchen nicht nur Menschen aus der Ukraine, vermehrt kommen sie aus Drittländern wie Syrien, dem Irak und Afghanistan. Längst stoßen viele Kommunen bei den Unterbringungskapazitäten wieder an ihre Grenzen.

Bei der Konferenz der Ministerpräsidenten in Berlin steht die Flüchtlingspolitik jetzt erneut auf der Agenda. Obwohl der Streit über die Finanzierung der Migrationskosten seit 2016 ein Dauerbrenner ist, sind viele Fragen noch ungeklärt.

Völlig unverständlich ist zum Beispiel, warum den Kommunen keine Vorhaltekosten ersetzt werden. Sie bekommen Erstattungen erst dann, wenn ein Bett tatsächlich belegt ist. Das macht aber eine vorausschauende Pla-

nung unmöglich. Aber gerade auf die kommt es an, wenn man fragwürdige Provisorien verhindern will.

Schon jetzt müssten sich die Städte und Gemeinden auf den nächsten Winter vorbereiten und leerstehende Kasernen sowie andere verwaiste Liegen-schaften für die Flüchtlingsunterbringung herrichten. Auch Container und Fertigbauten könnten die Not lindern. Das geht aber nur, wenn der Bund endlich seiner Verantwortung nachkommt, eine auskömmliche Finanzierung der Kosten zu ermöglichen.

Jedes weitere Hinauszögern einer dauerhafte Lösung hätte fatale Folgen. Die Belegung von Turnhallen ist Gift für die Akzeptanz der Geflüchteten – und spielt denen in die Hände, die den Fremdenhass schüren.

GERHARD VOOGT
gerhard.vooigt@ksta.medien.de

DEUTSCHE ZUSTÄNDE

„Gegenzauber zur Zeitenwende“

Der „Doppelwumms“ der Regierung zur Milderung der Krisenfolgen reicht nicht aus, um bei den Menschen Zuversicht zu verbreiten



STEPHAN GRÜNEWALD

Ist Geschäftsführer des Kölner „rheingold“-Instituts. Er spricht aus psychologischer Sicht über gesellschaftlich relevante Themen

Herr Grünewald, Sie waren auf Schloss Meseberg eingeladen, um mit dem Kabinett über das Thema „Zeitenwende und Zuversicht“ zu diskutieren. Welche aktuellen Erkenntnisse konnten Sie beisteuern?

Die Zeitenwende hat in den Köpfen der Menschen noch gar nicht stattgefunden. Es gab weder eine Phase des Trauerns um das Vergangene noch eine visionäre Ausrichtung auf eine neue Zeit. Wir sind also, psychologisch betrachtet, in einer Nachspielzeit. Wir nehmen in unseren Studien eine starke Gegenwartsorientierung wahr. Die Menschen hoffen, dass ihr gewohntes Leben noch eine Zeit lang so weitergeht. Und anstelle des visionären Blicks nach vorn geht der Blick lieber in den Rückspiegel. Stichwort: Retrotrend.

Aber dass sich das Leben ändert, ist doch längst allenthalben spürbar.

Und die Regierung versucht, die Folgen abzumildern, ja. Der Doppelwumms ist sozusagen der Gegenzauber zur Zeitenwende. Trotzdem sind die Menschen angesichts der dichten Abfolge von Krisen in einem Resignationsmodus. Sie fühlen sich ohnmächtig und ausgeliefert, das Vertrauen in die Politik und den Standort Deutschland erodiert, die Gerechtigkeit nimmt zu. Das Leben fühlt sich an wie russisches Roulette: Bislang ist es mit der Krisen-Pistole an den Schläfen noch bei jedem Abdrücken gegungen. Aber damit wächst die Angst, beim nächsten Mal ist die Patrone in der Trommel, und das Spiel ist aus.

Und dann?

In der Konsequenz nehmen die Menschen ihre großen Wünsche an das Leben zurück und geben sich schon damit zufrieden, wenn es – frei nach Karl Lauterbach – einen milden Verlauf nimmt.

Dasklingt alles nach einem Stimmungskiller für die Runde im Schloss.

Über die Reaktionen darf ich nichts sagen.

Okay. Dann „ganz allgemein“ gefragt: Was haben Sie nach der von Ihnen geschilderten Diagnose als Therapieversuch anzu-bieten?

Zuversicht braucht im Wesentlichen dreierlei. Zuallererst – und das steckt schon im Wort selbst – eine Sicht, eine Zielperspektive. In einer rundum so komplizierten Lage wie gegenwärtig sollte die Politik wenigstens ein paar kleine Etappenziele bestimmen, wenn sie schon den großen Masterplan scheitert, weil der womöglich nicht aufgeht.

Welche Ziele könnten das sein?

In der Energiekrise zum Beispiel ist das mit den Einsparzielen schon ganz gut gelungen, weil die Einzelnen das Gefühl hatten, sie können durch persönliches Verhalten ihren Beitrag leisten. Diese Art bürgerlicher Selbstermächtigung ist übrigens auch ein zweiter entscheidender Fak-

tor für Zuversicht: Die Menschen wollen einbezogen sein, wollen in der Krise die eigene Handlungsfähigkeit erleben. Das hätte die Regierung ganz anders würdigen müssen.

Das hat sie aber nicht?

Könnten Sie sagen, warum wir einigermassen glimpflich durch den Winter gekommen sind? Waren es die LNG-Terminals? Der individuelle Verzicht? Oder doch nur die milden Temperaturen? Das hat die Regierung zu sehr im Unbestimmten und Abstrakten gelassen.

Wenn der Staat so die Probleme einfach nur wegzumodern versucht, schwächt er das individuelle Selbstvertrauen. Dieser Mangel an Selbstvertrauen wird dann als Misstrauen gegenüber der Politik zurückprojiziert – und im Ergebnis wächst die Unzufriedenheit.

„Abstraktes Wegmoderieren.“ Meinen Sie damit auch die Riesensummen, die die Regierung zur Dämpfung der Krisenfolgen bereitstellt?

Nein. Es wäre ja fatal, wenn der Staat die gewaltigen, teils existenzbedrohlichen Belastungen einfach hinnähme. Die Politik hat hier eine fast elterliche Verantwortung: Sie muss das Gesamtgefüge sichern, so wie Eltern das für ihre Kinder in der Familie tun. Aber das bedeutet nicht, dass die Kinder nicht beim Abtrocknen oder beim Aufräumen helfen. Auf die Situation der Gesellschaft übertragen: Wir hören in unseren Tiefeninterview sehr oft die Verwendung von Bessersituierten, dass auch sie von der Gaspreismisere profitieren. „Eigentlich Blödsinn. Ich könnte das doch stemmen“, sagen sie. Auch daraus spricht die Sehnsucht, einen Beitrag zur Krisenbewältigung zu leisten. Die Kunst des Regierens besteht also darin, die Belastungen sozialverträglich abzufedern und gleichzeitig Eigeninitiative und Solidarität anzuregen.

Allerdings dürften Selbstwirksamkeit und Eigeninitiative etwa beim russischen Angriffskrieg mit seinen Folgen schwerlich einzusetzen sein. Auf das Kriegsgeschehen haben die Menschen hier in Deutschland keinen Einfluss.

Im Gegenteil. Psychologisch gesehen, ist die Gestaltungsmacht gerade hier enorm. Ausdruck dessen sind die große Spendenbereitschaft, die Aufnahme von Geflüchteten, die Solidaritätsdemonstrationen.

Sie sprachen von drei Generatoren für Zuversicht. Was ist der dritte?

Das Wir-Gefühl, der Eindruck von Geschlossenheit. Das fängt bei der Regierung an. Ein Gefühl von Uneinigkeit zwischen den Koalitionspartnern und ihren Ministern lässt einen kakophonischen Schwebezustand aufkommen, der die Dringlichkeit der Krise relativiert und wiederum Vertrauen kostet.

Das Gespräch führte Joachim Frank

KOMMENTAR

Zu früh für Jubel

CO₂-Ausstoß ist 2022 in Deutschland gesunken

ANDREAS NIESMANN

Der CO₂-Ausstoß in Deutschland ist im vergangenen Jahr leicht gesunken. Das ist eine gute Nachricht und auch erstaunlich – zumindest wenn man bedenkt, dass effiziente Gasturbinen infolge des Kriegs vom Netz genommen worden und durch alte Stein- und Braunkohlekraftwerke ersetzt worden sind.

Für Jubel ist es dennoch zu früh. Erstens werden sich die Auswirkungen der höheren Preise und fehlenden Liefermengen beim Gas erst in diesem Jahr zeigen. Zweitens haben viele Menschen Energie und somit auch CO₂ eingespart. Und drittens gibt es noch die Sorgenkinder in der Gestalt jener Sektoren, die ihre Klimaziele erneut verfehlen.

Vor allem der Gebäudesektor und der Verkehr hinken hinterher. Das ist kein Zufall, denn gerade in diesen Sektoren tut sich die Politik besonders schwer. Klimaschutz per Gesetz zu verordnen. Energiekonzerne sind staatliche Eingriffe in den Markt gewohnt, auch die Industrie hat sich daran gewöhnt, dass die Politik den Rahmen vorgibt. Beim Verkehr und den Gebäuden hingegen müsste sich die Bundesregierung mit ihren eigenen Wählerinnen und Wählern anlegen, wenn sie beim Klimaschutz vorankommen will. Dass sie das in letzter Konsequenz scheitert, ist zwar nachvollziehbar, aber eben auch ein wenig feige.

Die Augen vor der Realität zu verschließen, wird am Ende niemandem helfen. Früher oder später muss die Politik den Konflikt mit den Bürgerinnen und Bürgern führen. Oder sie muss einräumen ein, dass die Klimaziele so nicht zu erreichen sind. Konfliktfrei allerdings wäre auch das nicht.

KÖLNER
STADT-ANZEIGER
Ein DuMont Unternehmen

KÖLNER STADT-ANZEIGER

Herausgeber: Prof. Alfred Neuen DuMont, Christian DuMont Schulte, Isabella Neuen DuMont, Chefredakteur: Carsten Fiedler, Stellvertreter: Dr. Sarah Bessack, Martin Döwde, Geschäftsführer: Christian Hümmeler, Leitender Redakteur: Wolfgang Wagner (Politik), Chefredakteur: Joachim Frank, Region: Michael Grütz, Velt Eberbeck (Head of Digital), Köln: Tim Aitenberger, Landeskorrespondent: Gerhard Voigt (Leitender Redakteur), Frank: Oliver (Bildung), Newsletter: Kendra Stenzel, NW/Story: Hendrik Geisler, Maria Dohmen, NW/Story: Thorsten Breikopf, Sport: Christian Lör, Kultur: Anne Burgner, Magazin: Eva Fiedler, Jenny Meyers, Chefredakteur: Peter Berger, Claudia Lehnen, Detlef Schindler, Art Director: Niklas Janitzki, Produktion: Klaus Schröder, Alle verantwortlich und weihnachtlich in Köln.

Hauptstadtdirektor: Eva Quackbeck (Lg. 3, RND Berlin GmbH, GP: Marco Fenske, Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ebner; Washington: Karl Doernems, Brüssel: Damiir Pras, Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Hühler; Rio de Janeiro: Tobias Kufner.

Nachrichtengeneratoren: dpa, afp, sid, kna E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@ksta.medien.de Fax Redaktion: 0221 / 224 2524.

Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölner Zeitung GmbH & Co. – ein Unternehmen der Kölner Stadt-Anzeiger Medien, Amsterdamer Straße 150, 50735 Köln, Postbank Köln, IBAN: DE93 3701 0050 0000 2505 05.

Verlags-Geschäftsführer: Mirco Strzewski, Andreas Günthor. Das Bezugsgehalt enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitag mit Prima, TV-Magazin zur Zeitung. Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 25 vom 01. Januar 2023 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen, Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.

Abonnenten-Service Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224 23 32, E-Mail: abo-kunden@ksta.medien.de

Anzeigen-Service Verantwortlich: Dr. Simon Geisler, Oliver Siebert, Tel. 0221 / 92586410, Fax 0221 / 224 24 91, E-Mail: anzeigen@ksta.medien.de

Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt. Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de